

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1948 1948

67 (19.8.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsheftung, DM 1,80
einw. Trägertüte, bei Fortzahlung DM 1,50 / Auslagen nach Frachttarif 3
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Freiburger Stadtausgabe

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2325 / Postfachkonto: Freiburg i. Br. 4400
und Poststraße 2044 / Bankkonto: Oberstaatsbank, Zweigstelle Lahr
Kasse Ersatzantrag, bei Störung durch höh. Gewalt / Telegramm: Neubaden

NR. 67 / 2. JAHRG.

DONNERSTAG, DEN 19. AUGUST 1948

PREIS 20 PFENNIG

Freier Personenverkehr mit Bizone

Ab morgen Interzonenverkehr ohne „Laissez Passer“ — Jedoch noch keine Uebersiedlung zur Bizone möglich

Baden-Baden. Aus Baden-Baden wird amtlich mitgeteilt, daß durch Anordnung des französischen Oberbefehlshabers und im Einvernehmen mit dem amerikanischen und britischen Oberbefehlshaber ab 20. August die Freiheit des Interzonenverkehrs zwischen der französischen und der Doppelzone wiederhergestellt wird für Personen, die in der französischen Zone wohnen. Staatenlose und Personen, die als verschleppt gelten, bleiben der bisherigen Regelung unterworfen. Diese Bestimmung trifft nicht auf eine Uebersiedlung in die Bizone zu.

Auswärtige Angelegenheiten der Bundesgesetzgebung vorbehalten

Süsterhenn schlägt die Bezeichnung „Union deutscher Länder“ vor
Herrenchiessee. Innerhalb des Verfassungskonvents der 11 westdeutschen Länder konstituierte sich unter dem Vorsitz von Justizminister Dr. Beyrele (Württemberg-Baden) eine Kommission für Grundsatzfragen. Aufgabe dieses Ausschusses ist die Erörterung der Grundrechte des Verfassungsschutzes, der Namensgebung und Präambel sowie der gebietlichen Ausdehnung und Gliederung.

Die Verfassungsexperten messen, wie aus Äußerungen von Konferenz-Teilnehmern zu entnehmen ist, gerade dieser Kommission die größte Bedeutung bei, da sich hier herausstellen wird, ob man tatsächlich bereit ist, den Gedanken einer späteren gesamtdeutschen Institution konsequent in die Tat umzusetzen.

Als Namen für das provisorische Staatsgebilde der Trizone schlägt Justizminister Dr. Adolf Süsterhenn (Rheinland-Pfalz) die Bezeichnung „Union deutscher Länder“ vor. Dem künftigen vollsouveränen deutschen Gesamtstaat kann nach seiner Ansicht die Bezeichnung „Deutsche Bundesrepublik“ vorbehalten bleiben.

Als Hauptdelegierter des Landes Südbaden für den hier tagenden Verfassungskonvent trat verspätet am Dienstag Justizminister Dr. Hermann Fecht ein. Wie verlautet, beabsichtigen Dr. Fecht und sein Mitdelegierter, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Zürcher, in den kommenden Beratungen besonders die föderalistische Staatsidee zu vertreten.

Zu einer für das Verfassungswerk als ausschlaggebend bezeichneten Diskussion kam es Dienstag in der Kommission für Organisationsfragen des Verfassungskonvents zwischen Professor Dr. Carlo Schmidt (Württemberg-Hohenzollern) und dem Milschöpfer der bayerischen Verfassung, Professor Dr. Hans Nawiasky. Grundthema der Diskussion war die Frage, ob das deutsche Staatsgebilde als völlig zerschlagen oder nur als desorganisiert zu bezeichnen sei.

Schmidt vertrat die von allen Länderdelegierten — außer den bayerischen — gebilligte Auffassung, der deutsche Staat sei nur desorganisiert und deshalb noch existent. Die konstruktive Gewalt, durch die die Re-

organisation des deutschen Staates herbeigeführt werden soll, müsse deshalb das deutsche Volk sein. Schmidt war darum der Ansicht, daß diese Gedanken den wesentlichen Inhalt der Präambel des zu schaffenden Verfassungswerkes bilden müßte.

Nach Ansicht Schmidts ergibt sich auch aus den Frankfurter Dokumenten keine bestimmte Definition, ob ein Staat oder nur ein Staatsprovisorium gebildet werden soll. Er hält es jedoch für den eindeutigen Willen der Ministerpräsidenten, ein Provisorium und keinen separaten Weststaat zu schaffen.

Demgegenüber vertrat Nawiasky die von allen bayerischen Delegierten geteilte Ueberszeugung, daß das Deutsche Reich nicht mehr besteht und es daher Aufgabe der Länder ist, eine völlig neue bundesstaatliche Gemeinschaft zu schaffen, die vorerst auf die drei Westzonen beschränkt bleiben soll.

Eine Kommission für Zuständigkeiten des Verfassungskonvents erörterte dann die Kompetenzen in der Bundes- und Ländergesetzgebung und einigte sich auf die Empfehlung, daß auswärtige Angelegenheiten ausschließlich der Bundesgesetzgebung vorbehalten bleiben sollen.

In der Frage der zukünftigen Bundesfinan-

zen konnte über die eventuellen Einnahmen und Ausgaben des Bundes noch keine Klarheit erzielt werden. Die Experten legten lediglich fest, daß alle Kriegsschädenlasten einschließlich der Besatzungskosten Sache des Bundes sein sollen.

Der Bund soll vor allem durch die Einnahmen der Eisenbahn und der Post sowie durch Zölle, durch einen erheblichen Anteil an der Verbrauchssteuer und einen gewissen Prozentsatz der Umsatzsteuer finanziert werden.

Ländergrenzenausschuß-Sitzung verschoben

Wiesbaden. Die ursprünglich für gestern geplante dritte Sitzung der Kommission zur Neuordnung der Ländergrenzen, die auf dem Jagdschloß Niederwald bei Rüdesheim stattfinden sollte, ist nach einer Mitteilung des Büros der Ministerpräsidenten der drei Westzonen auf die Zeit zwischen dem 25. und 30. August verschoben worden. Wie verlautet, wird sich im Anschluß an die Sitzung des Ländergrenzenausschusses eine erneute Konferenz der Ministerpräsidenten der drei Westzonen anschließen. Die Verschiebung wird damit begründet, daß verschiedene Kommissionsmitglieder zur Zeit an einer Teilnahme verhindert sind.

Sowjetische Truppenbewegungen in Rumänien

Militärische Maßnahmen der Sowjets gegen Tito?

Rom. Große sowjetische Truppenbewegungen sollen, wie der INS-Korrespondent Kingsbury Smith aus Belgrad erzählt, zur Zeit in Rumänien stattfinden. Eine Bestätigung dieser Berichte ist nicht zu erlangen und die westlichen Diplomaten auf der Donau-Konferenz nehmen sie mit Zurückhaltung auf. Jedoch wird die Entwicklung der Lage aus folgenden Gründen sorgfältig beobachtet:

Die westlichen Vertreter sind der Ansicht, daß die sowjetischen Truppen durch Rumänien marschieren würden, falls die Sowjets zum Sturz Titos militärische Maßnahmen ergreifen sollten. Der rumänische Außenminister Anna Pauker flog in der vergangenen Woche von Belgrad nach Bukarest zurück, und zwar genau zu der Zeit, als die

westlichen Diplomaten zum erstenmal von sowjetischen Truppenbewegungen hörten.

Einige westliche Diplomaten in Belgrad rechnen mit der Möglichkeit, daß Rumänien in die Sowjetunion eingegliedert wird, um der UdSSR eine gemeinsame Grenze mit dem abtrünnigen Jugoslawien zu geben. Die westlichen Diplomaten in Belgrad glauben allgemein, daß die Sowjets Tito unter allen Umständen beseitigen wollen. Tito wird voraussichtlich erbitterten Widerstand leisten und hat nach Mitteilung zuständiger Kreise dazu 412 000 Soldaten zur Verfügung. Diese Truppen sind für Landoperationen verhältnismäßig gut ausgerüstet, jedoch wird die kleine jugoslawische Luftwaffe als kein großes Hindernis für die sowjetischen Streitkräfte angesehen.

Wieder keine Einigung in Moskau

Westmächte-Botschafter wollen um Unterredung mit Stalin ersuchen — Heute wahrscheinlich neues Treffen mit Molotow

London. Diplomatische Kreise Londons vertreten am Dienstag die Ansicht, daß im Laufe der Begegnung der diplomatischen Vertreter der Westmächte mit Außenminister Molotow am Montag im Krenl erneut kein Einvernehmen über Viermächte-Verhandlungen zur Erörterung des Deutschlandproblems erzielt werden konnte. Die Westmächte-Botschafter werden nach Meinung dieser Kreise nunmehr um eine weitere Unterredung mit Generalissimus Stalin ersuchen. Falls dies nicht möglich ist oder aber erfolglos verläuft, so wird der Sonderbeauftragte Bevin, Frank Roberts, in nicht allzu ferner Zeit nach London zurückgerufen und der Versuch, eine weitere Viermächte-Konferenz zustande zu bringen, aufgegeben werden.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums dementierte Presseberichte, wonach die Westmächte am Montag im Krenl formell als Gegenleistung für die Aufhebung der Blockade Berlins angeboten haben sollen, die Bildung einer westdeutschen Regierung vorerst zurückzustellen. Die Regierungen der Westmächte, betonte der Sprecher, haben nach wie vor die Absicht, ihre Pläne über

die Bildung eines westdeutschen Parlaments zu verwirklichen.

Außenminister Molotow soll, wie informierte diplomatische Kreise der Westmächte am Dienstagabend erklärten, den westlichen Diplomaten bei der Besprechung am Montagabend eine außerordentlich wichtige Mitteilung hinsichtlich Deutschlands gemacht haben. Ueber die Art oder den Inhalt dieser Mitteilung ist laut INS nichts bekannt geworden.

Einige Beobachter sehen jedoch in der Tatsache, daß die Vertreter der Westmächte nach ihrer Besprechung mit Molotow am Montagabend noch weniger mittelmäßig waren als sonst, eine Bekräftigung der Annahme, daß Molotow ihnen eine für die weitere Entwicklung der Verhandlungen bedeutende Erklärung übergeben hat.

In diplomatischen Kreisen Moskaus nimmt man an, daß Mitte der Woche, wahrscheinlich heute, ein weiteres Zusammentreffen mit Molotow erfolgt. Der britische Sonderbotschafter Frank Roberts suchte am Dienstagmorgen seinen amerikanischen Kollegen, Botschafter Bedell Smith, auf. Wie aus London verlautet, ist eine Rücksprache des britischen Sonderbotschafters mit der britischen Hauptstadt nicht beabsichtigt.

Symington über Berlin

Istanbul. Der Staatssekretär für die Luftstreitkräfte im amerikanischen Verteidigungsministerium, W. Stuart Symington, erklärte hier am Dienstag Pressevertretern gegenüber, es werde möglicherweise nötig sein, die Anzahl der Flugzeuge für die Versorgung Berlins weiter zu erhöhen, da wenig Aussichten auf eine Belegung der Berliner Kontroverse beständen. Durch die Inanspruchnahme der amerikanischen Luftstreitkräfte im Falle Berlins hätten sich die Lieferungen von Flugzeugen und Ausrüstungsmaterial an die Türkei etwas verzögert, jedoch sei das Land heute schon in der Lage, jeder Gefahr zu begegnen.

Westeuropa-Union will Militärbündnis mit USA und Kanada

Washington. Die Signatarmächte des Westunion-Paktes (Großbritannien, Frankreich, Benelux-Staaten) wiesen am Dienstag ihre Botschafter in Washington an, an die Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas zwecks Abschluß eines engen Militärbündnisses heranzutreten. Die Westunionmächte hatten bereits vor einigen Wochen den Vereinigten Staaten einen Bericht über ihre gemeinsame Leistungsfähigkeit und ihre militärischen Bedürfnisse im Fall eines Angriffs übermittelt.

Belgrader Donau-Konferenz beendet

Westmächte haben Entwurf für neue Konvention nicht unterzeichnet — Frankreich will Donau-Schiffahrt vor die UN bringen

Belgrad. Die Donau-Konferenz wurde am Mittwoch mit der Unterzeichnung des Entwurfs für eine neue Donau-Konvention, die ein sowjetischer Delegierter als „Todesurteil“ der Konvention von 1921 bezeichnet, beendet. Die Westmächte haben den Entwurf nicht unterzeichnet, da sie mit dessen Bestimmungen nicht einverstanden sind und geltend machen, daß die Konvention von 1921 noch in Kraft ist.

Paris. Frankreich beabsichtigt, wie am

Dienstag aus Kreisen des französischen Außenministeriums verlautet, den gesamten Fragenkomplex der Donau-Schiffahrt vor die Vereinten Nationen zu bringen. Frankreich ist der Ansicht, daß die Sowjetunion nicht berechtigt ist, den Westmächten einen Vertrag vorzuschreiben, der auf eine Kontrolle der Donau-Schiffahrt durch die Sowjetunion hinausläuft. Man nimmt an, daß die Vereinten Nationen dann das internationale Schiedsgericht in Den Haag um eine Entscheidung ersuchen werden.

Sowjetpolitik in Asien

Die Hälfte des Gebiets von Europa wird von der Sowjetunion eingenommen. Dabei sind die „Satelliten“ noch nicht einmal eingerechnet. Aber dieser europäische Teil des Sowjetterritoriums ist nur ein Viertel des Gesamtgebiets; die anderen drei Viertel liegen in Asien, und sie umfassen auf die Gesamtfläche des riesigen Kontinents bezogen, dort ein volles Drittel. Die UdSSR ist also flächenmäßig nicht nur der größte europäische, sondern zugleich auch der größte asiatische Staat.

Während entlang der europäischen Grenzen im Zuge des Weltkrieges mit allen Mitteln diplomatischer und militärischer Strategie, unter Einsatz auch aller erdenklichen Nah- und Fernkampfwaffen, aus dem Arsenal der kommunistischen Ideologie ein „Sicherheitsgürtel“ aufgebaut wurde, der vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer reicht, hat sich Moskau in Asien auf taktische Operationen beschränkt, die eher vorsichtige Tastversuche, als Durchführung bestimmter Pläne zu sein scheinen. Die einzige Ausnahme bildet Korea.

Die Verbindung zwischen Moskau und den chinesischen Kommunisten ist so alt wie die russische Revolution, sie unterlag aber wechselvollen Schwankungen. Bis in die jüngste Zeit ist nicht zu erkennen, welches Ziel der Moskauer Politik in China vorschwebt und erreichbar erscheint. Auch Indien gegenüber war die Haltung unsicher. An der Entstehung der beiden Staaten Indien und Pakistan hat man im Krenl nicht mehr als ein wohlwollend-offizielles Interesse genommen. Afghanistan war in den zwanziger Jahren ein heftig umworbener Kampfplatz, der späterhin völlig geräumt wurde. In Nordpersien ging es hin und her: der jüngste Rückzug aus Iranisch-Aserbeidschan unter dem Druck der UN ist noch in lebhafter Erinnerung. Zur Türkei Kemals bestanden bis zu ihrem Eintritt in den Völkerbund herzlichste Beziehungen, die langsam, aber stetig erkalteten, bis sie heute auf dem Nullpunkt angelangt sind. Noch ist nichts geschehen, was eine Änderung dieses Zustands herbeiführen könnte, obwohl die Entsendung des neuen Botschafters Lawritschew nach Ankara zu allerlei Vermutungen Anlaß gab.

Voller Widersprüche und Undeutlichkeiten war Moskaus Politik im vorderasiatischen Raum, den das Problem Palästina überschattet. In den arabischen Königreichen besteht für die Sowjetunion keine rechte Gegenliebe. So rettet man das Gesicht, indem man im Krenl eine Formel voll delphischer Doppelsinnigkeit erdacht: die Völker begehren zwar die Freiheit, die „herrschende Oberschicht“ aber sei Nutznießer der kolonialen Abhängigkeit von England oder des amerikanischen Monopolkapitalismus. Der jüngste Staat Israel vollends ist erst seit ein paar Wochen Liebling der sowjetischen Diplomatie. Jahrzehntlang galten die Zionisten als Todfeinde. Erst während des Weltkrieges nahm der Londoner Sowjetbotschafter Malisky durch einen Besuch in Jerusalem lockere „gesellschaftliche“ Beziehungen zu den jüdischen Kreisen in Palästina auf. Mit dem eben selbständig gewordenen Syrien gab es kurze Flitterwochen, heute ist das Verhältnis fast feindselig.

Allein an der äußersten Grenze Asiens, in größtmöglicher Entfernung, haben sich zwei Objekte gefunden, die Moskaus Zuneigung genießen und denen der Ehrentitel der „Vorhut im Befreiungskampf der Kolonialvölker“ zugesprochen wird: Vietnam und Indonesien. Zwei Gründe sind es, die dafür sprechen, eben dort und vornehmlich in dem Bereich des holländischen Kolonialreichs mit den Mitteln der marxistischen Dialektik Brennpunkte imperialistischer Konflikte zu entdecken. In Indonesien kreuzen sich holländische, englische und amerikanische Interessen, und dort hat sich unter kommunistischer Führung eine Bewegung entwickelt, die im Kampf gegen die Kolonialherren eine führende Rolle übernehmen will.

Es wird sich erst mit der Zeit erweisen, ob dies neueste Moskauer Interesse nur eine Modesache ist. Möglicherweise handelt es sich auch nur um eine Verlagerung der methodisch benötigten propagandistischen Angriffsziele ins Ausland, um die allzu heftig beschlossene Zielscheibe Amerika zeitweilig zu schonen. Europa aber darf sich durch solche „Operationen“ nicht täuschen lassen.

Keine Demokraten nach Eisenach

Stuttgart. Dr. Theodor Heuß erklärte, daß die demokratischen Parteien der Westzonen sich außerstande sehen, den Einladungen der Liberal-Demokratischen Partei der Ostzone zu deren Parteitag in Eisenach Folge zu leisten. „Die Verhältnisse, die zum Ausscheiden der Ostzonen-LDP aus der Gesamtpartei führten, bestehen unverändert fort. Die Partei in der Ostzone ist mittlerweile noch unfreier geworden, ihr Verhältnis zur LDP Berlin noch unmöglicher“, so erklärte Dr. Heuß in seiner Verlautbarung. Es werden infolgedessen keine offiziellen Vertreter der Parteien der Westzonen an dem Eisenacher Parteitag der LDP teilnehmen.

1 P Rheinland-Pfalz zum Lastenausgleich

Koblenz. Auf einer Versammlung der DP in Idar-Oberstein stellte der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, Dr. Nowack, eine Reihe grundlegender Forderungen zum Lastenausgleich auf:

1. Die Frage des Lastenausgleichs dürfe nicht zum Gegenstand parteipolitischer Konkurrenz und Agitation werden. Beim Lastenausgleich handle es sich um eine Finanzfrage von zentraler und materiell weittragender Bedeutung, die sachlich gelöst werden müsse. Das müsse auch gelingen, denn über die Notwendigkeit seien sich alle Parteien einig und die Geschädigten befänden sich in den Reihen aller Parteien.

2. Das Lastenausgleichsgesetz bedürfe einer sehr genauen Durcharbeitung. Auf seine Fertigstellung sei eher etwas mehr als zu wenig Zeit zu verwenden.

3. Die Durchführung des Lastenausgleichs selbst müsse nach Verabschiedung des Gesetzes so schnell wie möglich erfolgen, damit jeder wisse, woran er sei. Bei langsamer Durchführungszeit bestehe die Gefahr der Verwässerung und die Möglichkeit, daß die Arbeit am Lastenausgleich ein ähnliches Schicksal erfahre wie die Entnazifizierung.

Pre's-Demonstrationen in Rheinland-Pfalz

Ludwigshafen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Landes Rheinland-Pfalz werden morgen zwischen 11 und 12 Uhr in öffentlichen Kundgebungen gegen die gegen-

wärtige Ueberhöhung der Preise demonstrieren, teilte der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund mit.

Höllerer zurückgetreten

München. Der erste Landesvorsitzende der WAV, Julius Höllerer, hat am Dienstag seinen Rücktritt von diesem Amt und gleichzeitig seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Sowjetische Jäger verletzen Luftverkehrs-Vorschriften

Berlin. Britische Behörden protestierten bei der Luftverkehrsbehörde wegen erneuter Verletzung der Luftverkehrs-Vorschriften durch zwei sowjetische Jäger. Zwei sowjetische Jäger näherten sich, wie von britischer Seite erklärt wird, im Luftkorridor Berlin-Hamburg einer planmäßigen britischen Verkehrsfluglinie bis auf etwa 30 Meter und führten Sturzflügelungen durch.

SED-Bürgermeister:

Kirchliche Wahrzeichen sollen verschwinden

Dresden. Der Landrat von Pirna hat angeordnet, die Pirnaer Klosterkirche abzubauen und das Holz zur Erfüllung des Befehls 209, Erstellung von Neubauernhöfen, zur Verfügung zu stellen. Der SED-Bürgermeister von Cunnersdorf bei Pirna nimmt in der „Sächsischen Zeitung“ dazu Stellung und erklärt, daß „jeder fortschrittliche Mensch“ diesen Plan unterstützen müsse, da er auf das engste zusammenhänge mit dem Zwei-Jahres-Wirtschaftsplan, „der uns allen eine bessere Lebenshaltung garantiert“. Von der Erhaltung von Wahrzeichen könne das deutsche Volk nicht leben, meinte der Bürgermeister von Cunnersdorf. Kirchliche Wahrzeichen, so sagte er weiter, sollten eigentlich ganz verschwinden, ihre Einrichtungen hätten der arbeitenden Klasse nur Knechtschaft gepredigt und auf ein besseres Leben nach dem Tode vertröstet, wir wollen aber jetzt schon besser leben, deshalb kann man auch nur lebensbejahenden Vorschlägen zustimmen, erklärt der Bürgermeister von Cunnersdorf.

Kampf gegen Kommunismus

Auftrag der anglikanischen Kirche

London. 321 Erzbischöfe und Bischöfe der anglikanischen Kirchen in aller Welt rufen ihre Anhänger in einem Bericht, der hier am Dienstag veröffentlicht wurde, zum Kampf gegen den Kommunismus und seine Grausamkeiten, seine Ungerechtigkeit und seine Lügenpropaganda auf. Sie fordern außerdem alle Nationen auf, gemeinsam die Herstellung und Anwendung der Atomenergie zu kontrollieren, sie niemals für Kriegszwecke zu verwenden und selbst um den Preis der Begrenzung ihrer Souveränität, die Ursachen zu einem neuen Kriege zu beseitigen.

Markos' Hauptquartier erobert

Athen. Das Hauptquartier des Führers der griechischen Aufständischen, General Markos, in Aetolien im Grammosgebirge, wurde von den griechischen Regierungstruppen erobert.

Montgomery fordert Heimatwehr

London. Der Chef des britischen Empire-Generalstabes, Feldmarschall Montgomery, forderte 150 000 Männer und Frauen auf, sich im kommenden Frühjahr der Heimatwehr zur Verfügung zu stellen.

Europa-Union für das Land Baden nicht mit „Europäische Volksbewegung Deutschlands“ identisch. Die Europa-Union für das Land Baden legt Wert auf die Feststellung, daß der in unserer Meldung vom 14. August „Herausgeber des „Europäischen Beobachters“ sollen verhaftet werden“ unrühmlich erwähnte Herbert Ritter und die von ihm gegründete „Europäische Volksbewegung Deutschlands“ nichts mit den deutschen Landesorganisationen der „Europa-Union“ zu tun haben.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Forderungen der Jungdemokraten. Die „Jungen Liberaldemokraten“ Berlins forderten den Vorstand und die Fraktion der Berliner LDP auf, die „unrechtmäßige Vergewaltigung“ aller demokratischen und friedliebenden Menschen in der Sowjetzone vor das Forum der UN zu bringen.

Erhard bleibt. Das Plenum des Wirtschaftsrates lehnte am Dienstag in gebührender Abstimmung den von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag auf Abberufung des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, Prof. Dr. Ludwig Erhard, mit 47 gegen 35 Stimmen der SPD und KPD bei zwei Stimmenthaltungen (Zentrum) ab.

Doppelnummerierung von Ostmark-Noten zugegeben. Das Berliner Stadtkontor hat offiziell zugegeben, daß bei der Herstellung der neuen Ostmark-Banknoten mehrfach Geldscheine mit der gleichen Nummer versehen wurden. Diese Banknoten sind nicht Falschgeld, so heißt es in der Erklärung des Stadtkontors, aber ungültig. Die Doppelnummerierung sei durch ein Versagen der Nummeriermaschine entstanden.

SED-Austritte. Der bisherige Leiter der Magdeburger Redaktion des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“, Manfred Röbling, und der ehemalige Kreissekretär der SED in Berlin-Neukölln, Willi Müller, sind nach einer Meldung des „Sozialdemo-

kraft“ aus der SED ausgetreten. Röbling, der gleichzeitig aus der Redaktion des „Neuen Deutschland“ ausschied, erklärte, bei seinem Eintritt in die SED habe er nicht geahnt, daß eine Besatzungsmacht mit dieser Partei ein Instrument geschaffen habe, um eine Ausbeutungsaktion größten Ausmaßes ideologisch zu tarnen.

Hausfrauen protestieren gegen zu hohe Eierpreise. Hausfrauen trieben in Hannover einen Bauern, der 60 Pfennig für ein Ei forderte, bis in das vierte Stockwerk eines Miethauses und zwangen ihn, seine Eier für 20 Pfennig zu verkaufen.

Interzonen-Gewerkschaftskonferenz eröffnet. In Anwesenheit zahlreicher Gäste und Vertreter der französischen und amerikanischen Militärregierung wurde die 3. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften in Enzweiler bei Linsdorf eröffnet.

Sie fanden es in England besser... Drei Mitglieder der ungarischen Wasserballmannschaft, die an den olympischen Spielen teilnahmen, haben sich geweigert, in ihre Heimat zurückzukehren. Die britische Regierung hat ihnen die Erlaubnis erteilt, sich in England niederzulassen. Zwei Mitglieder der tschechoslowakischen Olympia-Mannschaft suchten ebenfalls um die Genehmigung nach, in Großbritannien bleiben zu dürfen.

Briefe an die Redaktion:

Not durch Geldumstellung

Im „Neuen Baden“ (Nr. 45) schilderte Dr. W. Freiburg, die Not der Ärzte. „Nach der eingetretenen Währungsreform steht ein großer Teil der jungen Aerztesgeneration vor einem absolut wirtschaftlichen Nichts.“ Dr. W. sagt mit vollem Recht, daß es nicht genüge, Mißstände aufzudecken. Gleichzeitig seien Vorschläge zur Beseitigung zu machen. Die sogenannte „Marburger Gemeinschaft“ für die Westzonen“ habe entsprechende Forderungen gestellt. Dieser Zusammenschluß in der Marburger Gemeinschaft ist für die Erhaltung der deutschen medizinischen Wissenschaft in ihrer Weltgeltung wie für die Ausbildung und den Werdegang der jüngeren Ärzte von hoher Bedeutung. Ihre Bestrebungen werden gewiß die Unterstützung aller wohlmeinenden deutschen Kreise finden.

Das vorstehende Beispiel zeigt, daß der Zusammenschluß notleidender Menschen, deren Interessen solidarisch sind, auch in den durch die jetzige Geldumstellung verursachten Nöten helfen kann und daß er auch ferner eine brauchbare Schutzmaßnahme im Sinne der Selbsthilfe darstellt. Diese allein vermögen jedoch keineswegs die bedrohliche Lage der betroffenen Personenkreise zu meistern. Denn jedermann weiß heute, daß die deutsche Bevölkerung durch die Neuordnung des Geldwesens, kurz und offen gesagt, in zwei Gruppen zerfallen ist. Die eine verdient nichts und ist daher verloren, wenn nicht sofort durch praktische Maßnahmen Abhilfe geschaffen wird. Wie sollen z. B. ehemalige pensionierte Wehrmachtsangehörige, denen die Ruhegehälter vorenthalten werden, die also keinerlei Einkommen haben und infolge vorgeordneter Lebensalters oder Kriegs- bzw. Dienstbeschädigung arbeitsunfähig sind, das Leben fristen?

Für die durch die Währungsreform ruinierten Personenkreise, zu denen vor allem auch die sogenannten Kleinrentner geboren, sind beständige Durchführungsbestimmungen zum Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens und Sofortmaßnahmen unerlässlich. Die bisherigen Durchführungsbestimmungen genügen hier nicht. Das Gesetz hat bewirkt, daß die Kleinrentner und kleinen Sparer ihr durch Arbeit erworbenes Existenzminimum, d. h. ihre Ersparnisse und ihre Renten, eingebüßt haben. Das kann unmöglich der Wille des Gesetzgebers sein.

Menschen beiderlei Geschlechts, jetzt meist hochbetagt, vielfach leidend, haben Jahrzehnte gearbeitet, geduldet, gespart und sich häufig bis zur Dienstunfähigkeit aufgeopfert. Oft waren Lohn und Vergütung knapp genug bemessen. Schließlich haben sie sich als Altersversorgung und für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit eine Rente erworben. Eine solche kleine Rente ist gerade ausreichend, um bei bescheidenen Ansprüchen leben zu können. Hierzu ein Beispiel: Ein älteres Fräulein stand über 10 Jahre im Dienst als Pflegerin und Stütze bei einer gelähmten Dame. Von Arbeitslohn wurde gespart und schließlich ein Betrag von etwa 17 000 RM als voller Kaufpreis für eine lebenslängliche monatliche Rente von 60,- RM bei einem Versicherungsunternehmen eingezahlt. Durch das dritte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens wurden der Kaufpreis von 17 000 RM auf 1 700 DM, die monatliche Rente von 60,- RM auf 6,- DM umgestellt. Der Vertrag wurde somit rücksichtslos aufgehoben. Der Erfolg ist, daß die betagte und leidende Person nicht mehr leben kann und der Verzweiflung preisgegeben ist. Allerdings könnte ein Antrag auf Erhöhung der Rente gestellt und diese vielleicht bestenfalls von 6,- DM auf 12,- DM schließlich erhöht werden. Das würde an der verweifelten Lage der Kleinrentnerin nichts ändern.

Eine andere Möglichkeit, die das Gesetz Teil III, Viertes Abschnitt, § 24, Abs. 1 vorsieht, liegt im Folgenden: „Die Versicherungsteilnehmer sind berechtigt, durch Zahlung des erforderlichen Betrages in Deutscher Mark ihre Lebensversicherung bis zu dem ursprünglichen in Reichsmark ausgedrückten Betrag wiederherzustellen.“ Es müßten also im vorliegenden Beispiel 15 300 DM als Ergänzung eingezahlt werden, um wieder auf den vollen Kaufpreis der lebenslänglichen Rente zu kommen und diese selbst von 6 DM auf 60 DM zu erhöhen. Das ist für einen Kleinrentner undenkbar.

Neue Fragen und Sorgen treten also durch die Neuordnung des Geldwesens zu den bereits vorher reichlich vorhandenen Kümernissen der Kleinrentner hinzu. Wie kann geholfen werden? Auch hier gibt es den Weg des Zusammenschlusses.

Erfreulich und dankenswert ist, daß die französische Militärregierung in wohlwollender Anerkennung der schwierigen Lage der Kleinrentner den Zusammenschluß im Badischen Rentnerbund e. V. mit dem Sitz in Baden-Baden genehmigt hat. Wie der Name sagt, betätigt sich der Bund nur innerhalb der Grenzen des Landes Baden. Er ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Baden-Baden unter Nr. 45, Bd. II eingetragen. Eingaben von Kleinrentnern an den Badischen Rentnerbund e. V. zu Händen von Fri. Karola Kob, Baden-Baden, Hauptstraße 57, werden gern entgegengenommen. Möchten den mütterlichen Bestrebungen dieses Zusammenschlusses gute Erfolge beschieden sein. K. K., Baden-Baden.

DAS NEUE BADEN

Verantwortlicher Redakteur: Günter Admann
Anschr. der Redakt.: Lehrschw., Postf. 910, Tel. 238
Verlag: Demokratische Verlagsges. mbH, Lehrschw.
Druck: Moritz Schauenburg, Lehrschw. - K. & H. Greiser, Bastatt (Baden). - Südwestdruck K.G., Lörrsch. - A. Reiff & Co., Offenburg (Baden).

*) Vgl. Nr. 46, 47 und 48.

„Wir suchen Ruhe und Erholung...“

Neuer Aufschwung des Fremdenverkehrs in Baden — Vierzehn Tage Ferien, 72 DM an



FREIBURGER CHRONIK

Zwanzig Deutsche Mark

Wie wir in der letzten Woche bereits berichteten, soll der Rest der Kopfquote nunmehr doch ausbezahlt werden. Allerdings ist den Finanzexperten nicht ganz wohl dabei, denn mit dieser Auszahlung kommt eine weitere Milliarde Deutsche Mark mehr in Umlauf. Leider haben die Erfahrungen der letzten Wochen bewiesen, daß die Käufer das Geld sehr schnell ausgeben und die Warenproduktion damit nicht Schritt halten kann. Die Folge davon hat sich bereits gezeigt: Die Preise stiegen in die Höhe. Eine vernünftige Lösung läßt sich nur finden, wenn die Käufer vernünftig bleiben. Es ist notwendig, daß die Bevölkerung das neue Geld, das zur Auszahlung kommt, nicht sofort in Waren anlegt, sondern damit zurückhält. Bei einem erneuten Sturm in die Geschäfte, würden wir bald so gut wie ausverkauft sein. Nur durch Zurückhaltung des Geldes und durch Zurückhaltung im Kaufen ist es möglich, daß wir wieder zu geordneten Verhältnissen kommen. Gerade im Hinblick auf die größeren Einkäufe, die der Bevölkerung zur Deckung ihres Winterbedarfs bevorstehen, wie Kauf von Kartoffeln und Obst, ist es notwendig, daß das Geld dafür aufgespart wird. Bei einem gleichbleibenden Warenangebot und bei vernünftigem Verhalten der Käufer ist es möglich, daß die Preise stabil bleiben. Eine vernünftige Preisgestaltung hängt so mehr oder weniger von der einsichtigen Haltung des einzelnen Käufers ab.

Gegen Demontagen und Zwangswirtschaft

Dr. Waeldin sprach in Ihringen — Vereinigung Baden-Württemberg am Kaiserstuhl erwünscht

Am Sonntag ergriff der Landesvorsitzende der DP, Oberbürgermeister Dr. Waeldin, in Ihringen das Wort zu grundlegenden Ausführungen über die Zeitprobleme, namentlich hinsichtlich ihrer Rückwirkungen auf die Belange der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Der Vorsitzende des Kreisvereins Freiburg, Gemeinderat Haberer, begrüßte die zahlreichen Mitglieder und Parteifreunde, die aus Ihringen, den Kaiserstuhlgemeinden und Freiburg gekommen waren, und dankte dem Redner für sein Erscheinen. Den Begrüßungsworten schloß sich der Vorsitzende des Ortsvereins Ihringen, Wilhelm Rinker, an, der seiner Freude Ausdruck gab, daß Dr. Waeldin als erfahrener Politiker in der Kaiserstuhlgemeinde Ihringen sprechen werde. Dr. Waeldin sagte zu Beginn seiner Ausführungen, daß er der Einladung gerade nach Ihringen gerne gefolgt sei. Sodann kam er auf die Fehlentwicklung der Entnazifizierung zu sprechen. Weite Kreise hätten den Glauben an Recht und Gerechtigkeit verloren, da neben Unstäten auch bloße Gesinnungen bestraft würden. Eine großzügige Amnestie tue not. Nach der Forderung sachlicher Politik setzte sich Dr. Waeldin mit den Folgen der Währungsreform auseinander, die große Härten mit sich bringe, vor allem für die Bauernschaft, die Industrie und das Gewerbe. Auch die Kleinsparer seien hart betroffen worden. Eine Erhöhung des Umwertungsanspruchs für Spareinlagen müsse verlangt werden. Ferner wäre es dringend notwendig, im Wohnungsbau weiterzuschreiten, da es sich bei dem Baugewerbe um ein Schlüsselgewerbe handle. Dr. Waeldin betonte weiterhin die Notwendigkeit eines Lastenausgleiches, doch könne dieser nur von der Gesamtheit der deutschen Länder durchgeführt werden. Anschließend wies der Redner auf die außerordentliche Geldflüssigkeit der Besatzungsmacht hin und bemerkte, daß nichts so trennend wirke wie große Unterschiede in der Lebenshaltung. Indem Dr. Waeldin sich mit der kritischen Lage der Gemeinden befaßte, die keine Haushaltsdefizite machen dürften, betonte er mit Nachdruck, daß den Kleinsparern geholfen werden müsse, damit die Kassen der Gemeinden durch Fürsorgelasten nicht noch belastet werden.

Ein Personalabbau hielt Dr. Waeldin für unmöglich, doch müsse damit ein Abbau der Aufgaben Schritt halten. Hinsichtlich des Steuerwesens müsse eine Senkung der Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer erreicht werden, die sich gegenüber dem Vorkriegsstand unvergleichlich erhöht hätten. Es sei erfreulich, daß bezüglich der Lockerung der Zwangswirtschaft einige Erfolge erzielt seien, namentlich durch die Freigabe von Obst und Gemüse. Hier seien die Verhältnisse stärker gewesen als die Bürokratie. Es müsse wieder so weit kommen, daß der Landwirt produzieren dürfe, was er für richtig halte, ohne daß es der Lenkung vom grünen Tisch bedürfe. Auch die unerträglichen Kontrollen, so betonte der Redner mit Beifall, müßten eingestellt werden. Zumal in Ihringen könne man hierüber ein Lied singen. Es ginge nicht länger an, daß der Landwirt einen zwangswirt-

Herr und Frau D. wohnen in einer kleinen Gemeinde bei Böhl. Eigentlich sind sie nicht aus der Gegend, sondern erst nach dem Kriege wurden sie dorthin verschlagen. Herr D. konnte eine kleine Fabrik erwerben und so leben beide in gesicherten Verhältnissen. Schon immer war es ihr Traum, einmal den südlichen Schwarzwald kennen zu lernen, denn weiter wie Offenburg waren sie noch nicht gekommen.

Anfang Juli hörte nun Herr D. im Südwestfunk, daß das Schwarzwald-Reisebüro in Freiburg nun wieder in der Lage sei, einen zeitgemäßen Feriensaufenthalt zu vermitteln. Herr D. griff zur Feder und schrieb: „Ich wünsche für meine Frau und mich einen kleinen Ort im Schwarzwald. Wir suchen Ruhe und Erholung...“ Einige Tage später erhielt er einen Prospekt, der ihm an 53 Orten des Badener Landes Pauschalunterhalte für 14 Tage anbot. Seit 15. August sind Herr und Frau D. nun in St. Märgen und es gefällt ihnen ausgezeichnet.

Nur Lebensmittelkarten sind mitzubringen

So wie das Ehepaar D. sind bereits wieder viele Hunderte von Erholungsuchenden und Feriengästen in diesem Sommer im Schwarzwald oder am Bodensee. Durch die Stabilisierung der Lebensverhältnisse nach der Währungsreform konnte der Badische Fremdenverkehrsverband noch vor der Hauptreisezeit durch eine Rundfrage eine größere Anzahl von Unterkünten ermitteln, die bereit waren, Feriengäste aufzunehmen. So kam es zu dem Prospekt, der Pauschalunterhalte mit vierzehn Tagen voller Verpflegung schon von 72 DM an anbot. Vielfach sind es ländliche Gasthöfe, so daß die Gewähr für eine ausreichende und gute Verpflegung besteht. In den meisten Fällen werden außer den Lebensmittelkarten keine weiteren Lebensmittel zum Mitbringen verlangt. Die Mengenfrage, die ja noch immer eine der wichtigsten ist, scheint in zufriedenstellender Weise geklärt.

Die Initiative des Badischen Fremdenverkehrsverbandes hat sich gelohnt. Einige Plätze, die der Prospekt nennt, sind bereits ausverkauft. Die Gäste sind zufrieden und die Wirte, die seit einiger Zeit auch wieder

ein „Viertel“ ausschenken dürfen, wahrscheinlich auch. Man versucht jetzt, die weitere Freigabe von noch beschlagnahmten Gaststätten zu erreichen und bemüht sich um größere Verbilligung auf der Eisenbahn für Ferienreisende. Besonders die Wiedereinführung der Urlauberrückfahrkarte mit 20 Prozent Ermäßigung wird angestrebt; sie käme besonders den Reisenden aus weiteren Entfernungen zugute. Diese Gäste aus den dichtbevölkerten Großstädten Nord- und Westdeutschlands benötigt der badische Fremdenverkehr zu seinem raschen Wiederaufschwung und zu seiner vollen Auslastung.

Bereits erhebliche Besucherzahlen

Bisher kommen die meisten Gäste aus der französischen Zone. Verkehrsverhältnisse und Zonengrenzen beeinträchtigen immer noch den zügigen Reise- und Fremdenverkehr, wie ihn Baden aus den Vorkriegsjahren gewohnt ist. Trotzdem weisen einige Plätze schon erhebliche Besucherzahlen auf und ein gewisser Aufschwung an den einzelnen Plätzen ist durch den neuerwachten Reiseverkehr nicht zu verkennen. Badenweiler zählt bereits über 300 deutsche Gäste, denen auch die Bäder zur Verfügung stehen. Konzerte und Omnibusfahrten stehen an dem laufenden Programm und weitere Veranstaltungen sollen Entspannung und Freude in den Tagen der Erholung bringen. Bad Krozingen beherbergt fast 200 deutsche Gäste. Hier konnten im Thermalbad in den ersten vier Wochen nach der Geldreform bereits über 4000 Bilder abgeben werden.

Das Reiseland Baden zeigt wieder seine alte Gastlichkeit und zahlreiche Feriengäste finden Erholung, Ruhe und Entspannung in den Wäldern des Schwarzwaldes, in den Bädern des Markgräflerlandes oder an den Ufern des Bodensees. Es ist zu hoffen, daß bald wieder Gäste aus allen Teilen Deutschlands die Schönheiten unseres Landes genießen und dort Erholung finden können.

Friedensgesellschaft tagte

Die Friedensgesellschaft Freiburg hielt am 12. August ihre Generalversammlung in der „Harmonie“ ab und wählte für den aus Gesundheitsrückfällen zurückgetretenen German Dörner, dem für seine unerschütterlichen Dienste im Sinne der Friedensidee gedankt wurde, Georg Schulbach zum Vorsitzenden. Dieser führte aus, daß die Gleichgültigkeit, die schon mehr an Fatalismus grenzt, heute wohl die gefährlichste Haltung ist, mit der die Menschen der Frage des Weltfriedens fernübersehen, gerade zu einer Zeit, in der jeden bewußt sein müßte, daß ein dritter Weltkrieg den Untergang der Menschheitskultur bedeuten würde. Immer wieder höre man den törichten Satz: „Solange es Menschen gibt, wird der Krieg nicht aufhören.“ Stimmen müßte vielmehr jeder, daß es nach den bitteren Erfahrungen, die wir gemacht haben, noch Kriege gibt. Es wäre im Atomzeitalter höchste Zeit, endlich aus der Lethargie zu erwachen und vor allem auch der Jugend die Friedensidee nahe zu bringen, wozu u. a. auch praktische Arbeit beim Internationalen Zivildienst führen würde.

Aus dem Gerichtssaal

Denunziation vor dem Schwurgericht

In einem Hause in Waldkirch bestand zwischen der Frau Sch. und der über ihr wohnenden Frau W. ein gespanntes Verhältnis. Im Dezember 1944 lief die Sch. zum nazistischen Ortsgruppenleiter und schwärzte die Frau W. an, sie höre ausländische Sender ab, auch habe sie über Hitler eine verurteilende Äußerung getan. In der Absicht, vor dem Zusammenbruch abgehaltenen Sitzung des Sondergerichts Freiburg, am 18. April 1945, wurde Frau W., die jede Benützung eines ausländischen Rundfunksenders in Abrede stellte, von diesem Punkt der Anklage freigesprochen, jedoch wegen der von ihr zugegebenen Bodensatz, der sogenannte „Führer“ sei insinnig geworden, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Urteilsbekanntgabe entließ man sie aus der Haft, aber innerhalb hatte sie 19 Wochen in Untersuchungshaft zugebracht. Für Frau Sch. erblühte nun aus der Denunziation eine Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, über die das Schwurgericht Freiburg dieser Tage die Entscheidung fällt. Als mildernder Umstand wurde der Angeklagten zugute gehalten, daß sie sich der Tragweite ihres Vorgehens nicht voll bewußt war, und weil sie bei einem nachträglichen Besuch beim Ortsgruppenleiter versucht hatte, die gegen Frau W. erhobenen Anschuldigungen abzuschwächen oder zurückzunehmen. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis.

Unterschlagungen bei einer Postanstalt

Anlässlich einer vom Postamt Kandern durchgeführten Überprüfung der Poststelle in Marzell wurden Unterschlagungen, Fälschungen und Unterdrückung von Briefsendungen aufgedeckt. Vor etwa vier Wochen wurde die Verwalterin dieser Poststelle, eine 28-jährige Anna E. verhaftet. Ihre fast an das Unwahrscheinliche grenzende Pflichtvergessenheit, Nachlässigkeit und Bequemlichkeit in ihrer Dienstführung hat sich klar herausgestellt. Von ihren groben Verfehlungen seien erwähnt: die Unterschlagung von zwei Liebesgabenpaketen, die Nichtweiterbeförderung eines Geldbetrages von 1000 RM, den der rechtsmäßige Empfänger erst auf errangene Reklamation hin ausbehalten erhielt. Ein für ein Geschäftshaus in Freiburg einbezahlter Geldbetrag von 990 RM behielt sie ebenfalls zurück. Ungefähr fünfzig in Marzell

Was bietet Freiburg?

Donnerstag, den 19. August:
Städtische Bühnen (Kaisersplatz): „Der Teufel General“, 19.30 Uhr. — „BIGA“-Ausstellungsgaststätte: Kabarett und Tanz, 20.00 Uhr.
Lichtspieltheater Casino: „Solista Anna Al.“ — Pantomime: „Der glückliche Erfolg“ — Harmonie: „Das Best der Verdammten“ — Unio: „Der grüne Salon“.

Freitag, den 20. August:
Städtische Bühnen (Kaisersplatz): „Die lustige Witwe“, 20.00 Uhr. — „BIGA“-Ausstellungsgaststätte: Harz-Baumland, 20.00 Uhr.
Lichtspieltheater Casino: „Karl steht auf“ — Pantomime: „Stimme des Herzens“ — Harmonie: „Ich werde dich auf Händen tragen“ — Unio: „Der blaue Hahn“.

Täglich:
Agostini-Museum: Kirchliche Gewänder und Johann Christian Wenzel. — Stadtpark: Landes-Sportplatz „BIGA“.

Studio Freiburg sendet

Donnerstag, den 19. August:
1.15: Nachrichten — Morgenmusik, 2.30: Suddienst, 11.45: Landfunk, 12.45: Die Zeit im Gespräch, 14.30: Suddienst, 18.00: Altwedertische, abendliche Beiträge von Helene Zajt, 19.30: Nachrichten.

Freitag, den 20. August:
1.15: Nachrichten — Morgenmusik, 2.30: Suddienst, 11.45: Die Viertelstunde für Württemberg, 12.45: Die Sendung für das Landvolk, 14.30: Suddienst, 18.00: Treffpunkt Freiburg, 18.15: Der Freiburger Volkstanz singt Lieder von Franz Philipp, 19.30: Sportnachricht.

Zum Gedenken an Bürgermeister Geiler

Der Stadtrat gedachte am Montag in einer Trauer Sitzung des verstorbenen Bürgermeisters Franz Geiler. Oberbürgermeister Dr. Hoffmann zeichnete ein Lebensbild des Verstorbenen und würdigte seine großen Verdienste um die Stadt und im Landtag. Er betonte, daß Franz Geiler ein aufrichtiger Kämpfer war, der auch die Meinungen anderer gelten ließ. In seiner Arbeit habe er sich immer zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt und besonders die Sache der Arbeiterschaft gut vertreten. Als aufrichtiger Mensch habe er seine Arbeit gründlich und gewissenhaft getan. Ohne Wanken habe er auch in den Jahren des Nationalsozialismus an seiner Idee festgehalten. Sein Wirken werde unvergessen bleiben. Für die Fraktionen des Stadtrates sprachen Dr. Fleig (CDU), Peter Kappes (SPD), Bürgermeister Vielhauer (DP) und Stadtrat Treffmann (KP) ihre Anteilnahme aus. Bürgermeister Vielhauer (DP) erklärte, daß auch die demokratische Stadtratsfunktion dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren würde.

Die Beisetzung Franz Geilers erfolgte am Mittwoch nachmittag 15.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof.

Wie „Südwest“ meldet, ist nach dem bestehenden Gemeindegewaltgesetz der neue Bürgermeister aus dem Stadtrat zu wählen, während nach dem vom Landtag angenommenen neuen Gemeindegewaltgesetz, das von der Militärregierung noch nicht genehmigt ist, der Personkreis unbegrenzt ist. Man muß abwarten, ob die SP einen neuen Bürgermeister präsentieren oder die Gemeindegewaltwahlen abwarten wird.

entreffende Brief- und Drucksachensendungen fanden den Weg nicht zu ihren Empfängern, weil die E. sie in das Ofenfeuer steckte. Das Schöffengericht Freiburg, dem die Stichtung des Anklagematerials oblag, hielt für die Amtsunterstellungen, Urkundenfälschungen und dergleichen eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten für angemessen, abzüglich der Untersuchungshaft von 20 Tagen. —II.

Sonntagsrückfahrkarten

Seit dem 14. August sind von den Freiburger Bahnhöfen, vorerst nach 17 Stationen, Sonntagsrückfahrkarten mit 33 1/3 % Ermäßigung erhältlich. Es ist vorgesehen, den Umkreis auf 100 Kilometer auszuweiten und die früher sehr beliebten Gabelkarten wieder auszugeben. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten von Samstag mittag 12.00 Uhr bis Sonntag nacht 24.00 Uhr.

Die zweite Rate Fett

Als zweite Rate Fett wird seit gestern auf die August-Lebensmittelkarten Butterschmalz abgegeben. Kinder bis zu 6 Jahren erhalten 100 gr, alle übrigen Verbraucher 120 gr. Auf Schwerarbeiterkarten gibt es in der Gruppe I 33 gr, Gruppe II 104 gr, Gruppe III 176 gr, Gruppe IV 528 gr. Auf Mütterkarten gibt es 80 gr.

Schaufenster eingeschlagen

In einer der letzten Nächte wurde an einer Buch- und Schreibwarenhandlung in der Schwabentorstraße die Schaufensterscheibe eingeschlagen und von den ausgetretenen Waren Füllfederhalter, Buntstifte, Gummilösungen und Reißzeuge gestohlen. Der von Passanten beobachtete Dieb nahm in der Eile auch Attrappen mit.

Von der Universität

Mit der vertretungswahrenden Wahlprüfung des ordentlichen Lehrstuhls für Anatomie an der Universität Freiburg i. Br. und der Führung der Direktionsgeschäfte des Anatomischen Instituts bei Prof. Dr. Kurt Gruber, von der Universität Heidelberg, beauftragt worden.

Professor Dr. Willi Well aus Tübingen ist ab sofort mit der Wahrnehmung des Lehrstuhls für Frauenheilkunde an der Medizinischen Fakultät der Universität Freiburg und mit der Führung der Direktionsgeschäfte der Universitäts-Frauenklinik beauftragt worden.

Lokalredaktion: I. V. Dr. G. Pöbel.
Geschäftsstelle: Freiburg, Hildstr. 2a (Telefon 3763)

DER SPORTBERICHT

Fußball

Neugemeldete Fußballfreundschaftsspiele:

- Hamborn 01 - Kickers Offenbach 2:2
- Union Oberschönewalde - SC Planitz 1:3
- Schwaben Augsburg - Schalke 04 0:2
- Hirtl Krascher - 1898 München 3:1
- Charlottenburg - Hamburger SV 1:4
- 1. FC Pforsheim - SV Rastatt 5:1
- Borussia Dortmund - Bayern München 4:1
- TUS 05 Vohwinkel - Kickers Offenbach 1:1
- 1. FC 03 Hanau - Amicitia Vornheim 2:2
- 1. FC Köln - Spvgg. Neuendorf 2:0
- SV Gulach - SV Emmendingen 4:2
- SV Rindeln - SV Offenburg 3:2
- SV Dornersheim - Phoenix Karlsruhe 2:5
- Sfr. Fahnau - SV Steinen 4:1
- Sportfr. Lehr - SV Schramberg 2:1
- SV Gottmadingen - Kz. Lager Singen 1:3

Auftiegspreise zur südbadischen Landesliga:

- Kuppenheim - Weil 7:0
- Blau-Weiß Freiburg - Worblingen 5:4
- Zinsweiler - St. Georgen 1:4

Die Tabelle:

Blau-Weiß Freiburg	10 Spiele	28:12 Tore	17 Pkt.
SV Kuppenheim	10	22:14	14
St. Georgen	10	20:15	12
Worblingen	10	23:19	8
Weil	10	11:20	5
Zinsweiler	10	13:28	4

Debatte über Jahrestagung der Landesliga

Auf der am Samstagmittag in Freiburg abgehaltenen ordentlichen Jahrestagung der Landesliga waren mit Ausnahme von Engen sämtliche Vereine durch die Aufstiegsanwärter vertreten. Der Spielleiter gab einleitend einen eingehenden Bericht über den Verlauf des vergangenen Spieljahres. Es wurden von den Mannschaften der badischen Landesliga insgesamt 132 Punktspiele zur Austragung gebracht. Im allgemeinen könne man mit der Abwicklung der Spiele zufrieden sein. Nur drei Vereine - Villingen, Rheinfelden und Schopfheim - blieben unbestraft. Weisse Umsätze von Kleinarbeit erledigt werden müßte, beleuchtet am besten die Tatsache, daß der Spielleiter 267 Postsendungen in ehrenamtlicher Tätigkeit hinausgehen ließ. Abschließend dankte der Redner den Vereinen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

Risikofaktoren für das Spieljahr 1948-49

Die Hauptfrage bildete hierbei der Auf- und Abstieg, der beschuldigt wird, fest zu sein. Es geht durch, daß Villingen aufsteigt und kein badischer Verein aus der Zonen- in die Landesliga absteigt, wurde der 12. Platz frei. Überwiegend vertrat man den sportlichen Standpunkt, dem in der Tabelle

Vom 28. August an können die Vereine unserer Zone frei über alle Grenzen West- und Süddeutschland hinaus Freundschaftsspiele austragen. Ein umwälzender Spielmodus mit einer neuen Klasseneinteilung in der kommenden Spielzeit für alle Länder der drei Westzonen bedarf noch genehmigter Richtlinien.

der Aufstiegspreise an dritter Stelle stehenden Verein - ASV St. Georgen im Schw. - diesen Platz einzuräumen. Da Stimmen laut wurden, Donauschiffingen nicht absteigen zu lassen, wurde dies

„Hallo, Deutschland!“

Olympia-Reise in Deutschland

Das anfänglich starke Interesse der deutschen Sportler an den Sommerfesten in der zweiten Olympiawoche erlosch nach. Der Grund hierfür lag nicht allein darin, daß man die im Mittelpunkt stehenden Leichtathletik- und Schwimmwettkämpfe im Gegensatz zu Berlin schon alle in der ersten Woche abwickelte, sondern es kam die Enttäuschung über die erneute Ablehnung Deutschlands in den verschiedenen Sportkongressen zum Ausdruck. Zuerst lehnte die FIFA die Aufnahme von Fußball-Freundschaftsspielen mit Deutschland ab, dann folgte der Boxverband, und schließlich zogen die deutschen Leichtathleten ihren Wiederaufnahmes Antrag zurück, als sie erfuhren, daß er kaum Aussicht auf Annahme hatte.

Man darf es den deutschen Sportlern wirklich nicht verdenken, daß sie über solche unverantwortliche Haltung in einem Zeitpunkt, in dem sie über „olympischen Geist“ gesprochen wurde, den Kopf schüttelten. Man konnte es nicht begreifen, daß deutsche Sportjournalisten in England freundschaftlich aufgenommen wurden und daß deutsche Radio-Reporter in vielen Sendungen für den

unverständlicherweise beschloßen. Hierfür lag keine Begründung vor. Demgemäß würde die Landesliga mit 13 Vereinen im neuen Jahr spielen. Am Sonntagvormittag lehnte der Landestachauschuß den Antrag auf Schaffung der 12er-Landesliga ab, was nur wärmstens beklorwortet werden kann. Es solle grundsätzlich an der 12er-Staife in der Zonen- und Landesliga festgehalten werden.

Unsere blaue Sportmannschaft

„Die blau-weißen Fußballkappen“ betitelt sich ein Buch eines westdeutschen Sportjournalisten über Schalke 04, das demnächst im Verlag Klamb. Berlin-Biedfeld, erscheinen wird. In zwanzig Kapiteln wird hierin der Werdegang Schalkes aus kleinsten Anfängen bis zum sechsten deutschen Meister geschildert.

Der Mittelgewichts-Weltmeisterkämpfer zwischen Titelhalter Toni Zale und Europameister Marcel Cordan wurde auf den 21. September verlegt. Austragungsort ist das Rooseveltstadion in Jersey City.

Der deutsche Weltgewichtheiter Gustav Eder verteidigt seinen Titel, den er in ununterbrochener Reihenfolge seit achtzehn Jahren im Besitz hat, am 22. August.

Hier melden sich die XIV. Olympischen Sommerspiele in London

Rundfunk der deutschsprachigen Länder tätig waren, während ausgerechnet die deutschen Sportler nach wie vor wie Ausgestoßene behandelt werden. Erfüllbarerweise gab es nicht auch Ausnahmen und einige Länder setzten sich sogar energig für Deutschland ein. Sie erwidern sogar eine Wiederaufnahme der Beziehung ohne die Sanktionierung des Verbandes. Diese Haltung werden wir den betreffenden Ländern nicht verzeihen.

Japan kauft uns zu schaffen gemacht

Bob Kiputh, der Chef-Trainer der amerikanischen Schwimmer, ist trotz der 12 (von 18) eroberten Goldmedaillen mit den Leistungen seiner Schützlinge nicht ganz zufrieden. Als wir mit ihm über die drei neuen Weltrekorde des Japaners Furuhashi über 400 m, 800 m und 1000 m sprachen, gab er offen zu: „Ja, in den Langstrecken hüpft es hoch bei uns, und die Japaner machen uns hierin noch manches vor. Die Europäer aber haben uns eigentlich enttäuscht!“

Im Turnen gewannen die Goldmedaillen an den einzelnen Geräten: Barren: Reusch-Schweiz, Reck: Studler-Schweiz, Freübung: Patacki-Ungarn

Faustkampf: Aaltonen-Finnland, Langpferd: Aaltonen-Finnland, Ringen: Fry-Schweiz. Im Zweikampf siegte der Finne Hahlanen mit 1287 Pkt. vor W. Lehmann-Schweiz mit 1250 und Aaltonen-Finnland 20 Pkt. In der Gesamtwertung des Turnens der Männer war Finnland Krönig mit 1554,3 Punkten vor Schwiz 1357,7 Pkt. und Ungarn 1208,8 Pkt. Die Plätze belegten Frankreich, Italien, CSB, USA, Dänemark und Österreich. In den Frauenwettbewerben gewann die Tschechoslowakei die Goldmedaille mit 40,43 Pkt. vor Ungarn 44,03 Pkt. und USA 45,6 Pkt.

Prof. Dr. Karl Diem, der Generalsekretär der 12 Olympiade in Berlin, nahm als Gast des Olympischen Komitees an der Londoner Wettkämpfer teil. In einem Gespräch erklärte er: „Diesmal waren 99 Nationen vertreten, aber wichtige Völker standen abseits, und nur wenn sie alle verwirklicht sind, erfüllen Olympische Spiele ihren modernen Sinn.“

... weinen wir keine Träne nach!

Übermüht schaffte der ehemalige Reichsfürer Wetzler (jetzt wieder Bayerns Leichtathleten in München betreuer) in Nürnberg als Obmann des Lautgerichts. Interessant ist sein Urteil über die Olympiade 1948: „Einer Olympiade, die uns verschlossen war, weinen wir keine Träne nach. Wir sind nach dem ersten Krieg wieder aus eigener Kraft hochgekommen und erwidern auch dieses Mal wieder den Anschluß. Heute, wo wir die letzten Amateure sind, bilden wir uns nichts mehr ein, sondern stellen nur fest: „Wir machen unser Bestes!“ Der Vorsitzende des Deutschen Leichtathletik-Ausschusses, v. Adelson, sagte: „Wenn wir auch noch nicht international anerkannt wurden, so haben unsere Leichtathleten doch gezeigt, daß sie wert sind, mit ihren Leistungen in den Wettstreit der Völker zu friedlicher Zusammenarbeit aufgenommen zu werden.“

London hätte uns sieben Medaillen gebracht

Wie recht v. Adelson hat, zeigt ein Vergleich der in Nürnberg zum Teil bei sehr schlechten Wetter erzielten Leistungen mit den Londoner Olympiagergebnissen. Unsere Athleten hätten, wie die folgende Aufstellung zeigt, sieben Medaillen (eine Goldene, drei Silberne und drei Bronzene) erringen können:

- Goldmedaille: Wolf-Plank 45,00 m (Speerwerfen der Frauen)
- Silbermedaillen: Störck 55,20 m (Hammerwerfen); Schüller 13,21 m (Kugelstoßen der Frauen); Jahn 5,40 m (Weißsprung der Frauen)
- Bronzemedaille: Wolf 5,11 m (Hammerwerfen); Hummer 46,26 m (Diskuswerfen der Frauen); Kirchhoff 3,37 m (Weißsprung der Frauen)

+

Schmerz erfüllt gebe ich davon Kenntnis, daß am Samstag, dem 14. August, 22.15 Uhr, mein innigstgeliebter Lebenskamerad, unser lieber Vater und Großvater

Bürgermeister Franz Geiler

Vizepräsident des Badischen Landtages
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Freiburg

ungeachtet seines zähen, bis zum letzten Augenblick bekundeten Lebenswillens, im 70. Lebensjahr verstorben ist.

Seine letzten Worte waren: „Meinen Freunden, Mitarbeitern und den Städt., Beamten, Angestellten und Arbeitern viele herzliche Grüße, gute Wünsche und Dank für die Mitarbeit. Sollte ich jemand Unrecht getan haben, so bitte ich um Verzeihung, denn ich habe nur Gutes gewollt.“

FREIBURG i. Br., den 14. August 1948 In tiefer Trauer:

Anny Geiler
Kinder und Enkelkinder

Die Beisetzung fand am Mittwoch, dem 18. August 1948, auf dem Hauptfriedhof statt. (2-123)

+

Am 14. August 1948, 22.15 Uhr, verschied

Herr Bürgermeister Franz Geiler

Erster Beigeordneter der Stadt Freiburg i. Br.

Stadtrat und Stadtverwaltung betrauern in dem Heimgegangenen einen Mann, dessen menschliche Qualitäten, dessen Energie und Schaffenskraft, dessen reiche Kenntnisse und Erfahrungen dem Neuaufbau des kommunalen Lebens nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 wertvolle Dienste geleistet haben.

Stadtrat und Stadtverwaltung danken dem Dahingeschiedenen und werden ihm allezeit ein ehrendes Gedenken bewahren.

FREIBURG i. Br., am 16. August 1948 O-222

DR. WOLFGANG HOFFMANN
Oberbürgermeister der Stadt Freiburg i. Br.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse wurde mein über alles geliebter Mann

Eugen Litz

Friseurmeister

durch Unglücksfall von mir gerissen. Die Beerdigung hat am Dienstag, dem 17. August, in Woggershausen bei Friedrichshafen stattgefunden. (2-119)

Ueberlingen a. B., im August 1948

In tiefem Schmerz:
Die Gattin Erna Litz geb. Hübsch
und alle Verwandten

STELLENANGEBOTE

Kaufmännische Lehrstelle ist in Lehrer-Fabrikbetrieb zu besetzen. Bewerber mit nur guter Schulbildung wollen unter Vorlage des letzten Schulzeugnisses Angebote unter Nr. 3327 G an „Das Neue Baden“, Lehr, richten.

Damen und Herren

als Abonnenten- und Anzeigenwerber in ganz Baden gesucht. Nur schriftliche Bewerbungen mit Lichtbild an „Das Neue Baden“, Lehr, Postfach 278, oder Bezirksgeschäftsstellen.

AN. UND VERKAUFE

Nähmaschine, Zick-Zack, gegen beste Bezahung zu kaufen gesucht. Eliangebote an Postf. 19, (17b) Lörrach, erbieten. (G-2-33)

Neuer feuer- und diebstahlsicherer Panzerbank zu verkaufen. Angebote unter Nr. 5 112 an OBANK, Anzeigen-Exped., Freiburg i. Br. (2-163)

L' Oreal Kalte Dauerwellen

werden Ihnen im
Frisiersalon M. Treuersch
Singen a. H., Ekkhardstraße 57
geboten (2-115)

Sämtliche Federn und Haarpoln werden durch

Regaska

in kürzester Zeit aufgeschliffen
A. Regas & Co., Füllenschärferei
Griesen, Baden (2-124)

Handgestrickte Blusen und Kleider

Handgewebte Stoffe und Tischdecken
Keramik, Metallgeräte, Lampen (2-121)

LORENZ

Freiburg i. Br., Schillerstr. 12

Modehaus Wolter-Bloehing

Singen a. Htw. August-Ruf-Str. 8, II. Stock
empfiehlt sich für geschmackvolle (2-116)

Damenhüte - Stoffe - Modewaren

Unfassbar ist es für uns alle, daß der Herr über Leben und Tod meinen herzensguten Gatten, unseren treusorgenden Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Friedrich Stöffler

ganz unerwartet rasch im 53. Lebensjahr zu sich nahm.

Stuttgart-W, im August 1948
Husenbergleite 4

In tiefem Leid:
Hilda Stöffler geb. Keller
Siegfried und Lore
nebst allen Angehörigen

HEIRATEN

Damenfriseurgeschäft, Wwe., 48 J., sehr nette, kluge Frau, mit schön. Geschäft und moderner 3-Zimmer-Wohnung, exkl. Pl. in Bretzau, bietet Kollegen Herr, Hand und Heim, Nbr. unt. V. 1963 Ehel. Institut HARMONIE, Verwaltung Konstanz, Talgartrstraße 1. (G2-62)

VERSCHIEDENES

Kaufm. Angestellter, Ende 26, mit eigenen Haus und Feld, wegen Gelenkerkrankheit des Ehepartners geschieden, sucht gesunde Frau, weiche in kl. Landw. mit Obst- und Gemüsebau freudig tätig sein will. Vermögen spielt keine Rolle. Zuschriften mit Alters- u. Geburtsortangaben unt. Nr. 197 an „Das Neue Baden“, Radolfzell, Postfach 81. (2-323)

Schuttmittel

Freibleibe diskret gegen Ermordung eines Fremdschl. „Sannese“ (20 b) Göttingen/B 20, Postfach 5. (G2-114)

Dieselschlepper, 13-24 PS, für Acker und Straße, mit Mähwerk liefert ab Lager Karlsruhe: Gebrauchte Straßen-Zugmaschine, 12 PS, in gutem Zustand, zum Taxwert abzugeben. Wilhelm Ungehöfer & Co., Traktorenvertrieb und Reparaturwerk, Karlsruhe, Schottelstr. 7-10. (G2-120)

„Das aktuelle Bäcklein“! Vorabstimmung des Geschlechts „Knabe oder Mädchen“ v. Frau Ina Becker-Kirchner, mit Fragebogen, nach 40jähr. Beobachtung. Neuer Preis DM 4.- einschl. Porto. G. W. Becker-Kirchner, (2b) Hagen (Westf.) 710, Postfach - Postschek. Köln 111 811. (G2-118)

Endlich frei lieferbar! Wissenschaft, Ekeländer von Prof. Knaus, Geburtenregelung auf natürlichem Wege! Unentbehrlich für Eheleute und jedermann, behördlich zugelassen, einmalige Anschaffung 10,- immer! Preis einschl. Porto DM 4.50. G. W. Becker-Kirchner, (2b) Hagen (Westf.) 710, Postfach Postschek. Köln 111 811 od. Briefeinlage. (G2-119)

30 x 1 = 30

WER braucht heute nicht Geld?

Diese 30. DM im Monat können Sie sich nach Feierabend leicht verdienen. Je nach Ihrem Willen können es auch mehr sein.

Für jeden fixen Jungen
ein nicht zu verachtendes Taschengeld

Für jede alleinstehende Frau
eine zusätzliche Bereicherung ihres Einkommens

Ueberraupt für jeden
die Möglichkeit zur Erfüllung eines bis jetzt unerfüllbaren Kaufwunsches

Postkarte an den Verlag „Das Neue Baden“, Lehr mit dem Kennzeichen „30 x 1 = 30“ genügt. Absender nicht vergessen!